

# Volksstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends — Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co. Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse 4264 bis 4267. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag. Seite 110 — Bezugspreis: Monatlich 2,00 Mark, Halbjährlich 1,00 Mark, Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig

Anzeigenpreise: Die 10gespaltene 37 Millimeter breite Nonpareilzeile drückt 30 Pf., auswärts 80 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 12 1/2 Pf., Vereinskalender 80 Pf., die dreigespaltene 90 Millimeter breite Reichszeile drückt 100 Pf., auswärts 160 Pf., Abatit geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Platzvorschriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg, Postfachkonto Nr. 123 Magdeburg.

Nr. 45.

Magdeburg, Dienstag den 23. Februar 1926.

37. Jahrgang.

## Der Hamburger Reichsbannertag

### Hundertdreißigtausend!

Der Bundestag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Hamburg hat selbst die höchsten Erwartungen übertroffen. Der Reichstagspräsident Paul Löbe hat in seiner Ansprache am Sonntag nachmittag die hundertdreißigtausend Republikaner, die in festgeführter Reihe aufmarschiert waren und in dieser Ordnung standen, mit einem Wald verglichen. Der Vergleich war treffend. Wie ein Wald, der in großer Ruhe sich erhebt, der aber durchflutet ist von gewaltiger Lebenskraft, so standen die Hundertdreißigtausend. Ein Wald, vor dem man in Ehrfurcht steht, wenn auf seinen Abfeln Ruhe lagert, der im Tiefsten aber erschüttert, wenn ihn Stürme durchbrauen. Wenn sich seine Kraft erhebt.

Wehe euch, rief Paul Löbe den Feinden der Republik, der Freiheit entgegen, wenn sich die Kraft des Waldes gegen euch erhebt. Diese Worte rissen darum alle Zuhörer so mächtig empor, weil sie viel mehr waren als eine bildhafte rednerische Wendung. Es war die Lösung einer ungeheuern Spannung, die ausging von der gewaltigen Masse Männer, die keine Masse mehr waren, sondern Wille und Verbundenheit: ausging von dem großen Schweigen, von der Kraft, die hier zusammengelassen war und alle, deren Augen es sahen, deren Herz von der Minute erfasst wurde, in ihren Mann zwang. Es suchten wohl viele nach einem Wort, einem Vergleich, um diesem großen Erlebnis irgendeinen Ausdruck zu geben, und fanden ihn nicht. Dieses Bild, das sich auf dem Hamburger Kammermarkt gestaltete, war auch für unsere Mit- und Massenversammlungen und Massenmärsche etwas überwältigend Neues. Wir haben vor einem Jahr, als in Magdeburg die Hunderttausend, die aus ganz Deutschland gekommen waren, sich auf dem Domplatz versammelten, von einem Ereignis geschrieben, wie es vorher niemals in der Geschichte der politischen Kämpfe und Bestrebungen verzeichnet werden konnte. Ein Ereignis, das ganz neu in seiner äußeren Erscheinungsform, neu in seiner inneren Bedeutung war. Der Hamburger Aufmarsch ging in seiner Wirkung über den Magdeburger hinaus. Das ist mit auf die günstige Platzgestaltung in Hamburg und auch auf ein anderes technisches Mittel der Veranschaulichung zurückzuführen. Die Lautsprecher.

In Magdeburg war damals der Platz zwar derartig gefüllt, daß einzelne Abteilungen an der Südseite des Domes stehen bleiben mußten. Aber die Aufnahmen, die von den Tüchern der umgebenden Gebäude gemacht wurden, zeigten, daß die Abteilungen um die Rednertribüne herum locker standen, daß die Tribüne, die mitten auf dem Platze stand, überhaupt viel Platz wegnahm. Dann war es auch nicht möglich, durch das Wort oder durch Signale sich der umgehenden Masse so verständlich zu machen, daß sie in ihrem Verhalten und ihren Bewegungen der eine große Körper wurde, der eine geschulte und disziplinierte Truppe ist.

Der Kammermarkt in Hamburg ist ein regelrechtes Rechteck, eingeschlossen an drei Seiten von hohen Hanseverken, an der vierten von einer Mauer. In dieses Rechteck konnten die Abteilungen so fest aneinandergesetzt werden, daß das Ganze gleichsam wie zu einem Block gegossen sich ausnahm. Kommandiert und gesprochen wurde von einem Gebäude aus, einer Schule. Die Kommandierenden und die Redner bedienten sich des Lautsprechers. So war es möglich, daß eine Truppe von über hunderttausend Männern ruckartig auf ein einziges Wort ausgerichtet stand. Die blühartige Bewegung dieser Truppe, das ebenso plötzliche Erstarren zu einem ruhigen Rechteck: diese gigantische Einheit des gewaltigen Körpers brachte die starke Wirkung.

Auch die Endanordnungen konnten die Redner verstehen. Dies war zu erkennen an dem Beifall, der von Zeit zu Zeit ausbrach, wie Reereswellen über die Köpfe der Menschen lief, an Mauer ausformete und verlor. Als diese Masse die Truppe hob und der Republik ein Gelübis ablegte, da war es, als hätten hundertdreißigtausend Arme die Erde mit gehoben; gehoben mit all ihrer Freude, ihrem Leide, ihrem Lebensmut, so wurden die erfasst, denen es vergönnt war Jenseit zu sein.

### Wozel waren es?

Die Frage lautet selbstverständlich bei jedem: Wieviel wagen es sein? Wir haben aber schon die Zahl Hundertdreißigtausend genannt. Sie wurde uns als das Mindeste genannt, nach Berechnungen, die mit größtmöglicher Genauigkeit angestellt wurden. Es waren aus dem Reich Hundertdreißigtausend angemeldet. Als aber die Jünger eintrafen, zeigte es sich, daß aus den Ortsgruppen viel mehr gekommen waren, als man angemeldet hatte. In zahlreichen Fällen die doppelte Zahl, in vielen Fällen noch mehr; Der

„Ueberbesuch“ ging bei Ortsgruppen aus unjerm Nachbarbezirk Braunschweig in Einzelfällen sogar bis auf das Sechsfache der gemeldeten Zahl. Die Zahl 130 000 ist sicher viel zu niedrig für die Gesamtbeteiligung, denn Hamburg und seine Nachbarstädte, die weder um Quartier noch sonstige Hilfe zu bitten brauchten, sind in der Statistik der Festleitung zunächst noch nicht gerechnet.

Der Hamburger Reichsbannertag sollte zwar von Anfang an ein Tag für den ganzen Bund sein, aber man rechnete doch nur mit einer guten Beteiligung aus Norddeutschland und Mitteldeutschland. Die Bundesleitung hatte an die süd-deutschen Bezirke sogar das Erjuchen gestellt, ihren Kameraden das schwere Opfer einer Reise nach Hamburg nicht aufzuerlegen. Trotz dieser „Bremsmaßnahmen“, die man in Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage glauben wollte treffen zu müssen, kamen doch mindestens Hundertdreißigtausend zusammen. Das sieht nicht nach Stillstand der republikanischen Bewegung aus.

### Dein ärmster Sohn dein getreuester.

Hohes Lob muß auch wieder dem Opfermut gezollt werden, der sich von neuem trefflich offenbarte beim Hamburger Reichsbannertag. Viele Tausende sind nach Hamburg gefahren, um ihre Treue zur Republik zu bekunden, die seit Monaten keine Arbeit haben. Von einer Abteilung der Ortsgruppe Hannover wird uns mitgeteilt, daß 75 Prozent erwerbslos seien. Von dieser Abteilung war aber etwa die Hälfte in Hamburg. Es gab viele Kameraden, die außer ihrem Brot im Brotbeutel nicht viel andre Nahrungsmittel mitnehmen konnten auf die Hamburgfahrt. In Hamburg selbst konnte für viele arme Kameraden die Hoffnung auf ein warmes und trockenes Quartier bei Gefinnungsgenossen — wo es zumeist auch noch etwas Warmendes für den inwendigen Menschen gibt — nicht erfüllt werden, viele Kameraden mußten in Massenquartieren kampieren. „Es ist wie im Kriege“, sagten alte Kriegsteilnehmer. „Strapazen und wenig Kost. Man muß mit Marschieren und Entbehrungen wieder um Deutschland kämpfen. Damals haben wir es auch gern getan, als wir in dem Glauben waren, daß es wirklich um ein freies Deutschland, um das Volkswohl gehe. Dann kam der Schwindel heraus, dann ging es nicht mehr. Jetzt marschieren wir wieder...“ Es lag ein tiefer Sinn in der Rede: Jetzt marschieren wir wieder um Deutschland, um das Deutschland des Volkes. Dieser Marsch wird nicht zu einem Trümmerhaufen führen. Es sind keine willenlosen Soldaten, die von egoistischen und ehrgeizigen Führern gelüht und nach irrtümlichen Begriffen geführt werden, hier sind Armer und Führer ein einiges Ganzes, und was sie zusammenhält, ist eine Schicksalsgemeinschaft.

Es wird sehr häufig ein Sprichwort angewendet: Wo mir's wohlergeht, da ist mein Vaterland. Die Agrarier haben das so überseht: Wenn wir genug Zölle bekommen, die unser Wohlergehen bedeuten, dann lassen wir das Vaterland unter jeder Staatsform bestehen, haben wir diesen Nutzen jedoch nicht, dann kann uns das Vaterland gestohlen bleiben. Der Sozialist und der Schieber fragen genau in gleichem Sinne: Vaterland, ja, doch wie gedeiht mein Nutzen dabei?

Die Kundgebungen für die Republik, die wir jetzt erleben, die den Teilnehmern immer große Opfer auferlegen, beweisen eigentlich, daß das angezogene Sprichwort falsch ist. Denn unsern Republikanern geht es eben nicht gut in der Republik. Sie treten aber ein für diese Staatsform, weil sie befeht sind von einem Idealismus, vor dem alle deutschen Schulmeister — jalls sie nicht ganz untergegangen sind in deutschnationalen Phrasen — den Hut ziehen müßten. Die Schulmeister und sämtliche Diäter und Philosophen, die es eben noch geben mag.

Es manifestiert sich in dieser Hingabe an eine Volkssache auch ein Glaube an das Volk und seine Zukunft, der schwerer wiegt als die ganze Anfeindliteratur und alle Aufbautreden der Nachkriegszeit.

### Die bewegende Kraft.

Am dem Platze vor den Hundertdreißigtausend redeten der Bundespräsident Göring, Reichstagspräsident Löbe, Staatsminister Weber aus Dessau, der preussische Oberstaatsminister Girsiefer und der Führer der oppositionellen Kameraden. Es kam darin zum Ausdruck: das Reichsbanner hat einer politischen Idee Geltung zu verschaffen und will sozial wirken. Will helfen und erziehen. Eine bindende, zusammenfassende Idee, ein geistiger Gehalt wird gesucht, der eine Kraft der dauernden Erneuerung, der beständigen Regeneration ist und der für jede Volksbewegung

in eine packende Formel gegossen werden muß, soll die Bewegung nicht absterben.

### Das Volk marschiert.

Nach den Ansprachen begann der Abmarsch, löste sich das ungeheure Rechteck wieder auf. Der Zug durch eine Anzahl Straßen begann, die zu beiden Seiten umäumt waren von Wällen, die sich aus Menschen gebildet hatten.

Die Umzüge der Republikaner bekommen ihr Gepräge nicht durch „schneidige“ Uniformen mit abenteuerlichen Abzeichen, wie sie bei den Stahlhelmern und ihren Freunden, den Völkischen, beliebt sind, sondern durch die Art Menschen, die hier vorüberzieht. Das sind Männer, im Lebenskampf ergraut, im Leben ringende. Jünglinge, die teilhaben wollen an dem Ringen um der Menschheit große Gegenstände.

Wie deutschen Stämme ziehen vorüber. Die Spitze bildeten in Hamburg die Oesterreicher, die annähernd 500 Mann stellten. Dann kamen die Reichsdeutschen: die Sachsen und Thüringer, die Niedersachsen, die Schlesier, die Rheinländer, Westfalen, Holsteiner usw. Welche Vieltätigkeit im Neubern und auch im Temperament! Und wie groß muß der Gedanke sein, der alle vereinigt, alle bindet?!

Die Magdeburger „fielen auf“, und zwar in gutem Sinn. Ihre Haltung, ihre Zahl mußten schon Eindruck machen. Und dann — na ja, das Spielerkorps!

In Achterreihen marschierten die Kolonnen. Mehrere Stunden dauerte der Parbemarsh.

Wer noch fragt, auf welcher Seite das werktätige Volk steht, wenn die große Frage gestellt wird: Monarchie oder Republik; Untertanenstaat, der nehme als Antwort den Zug der Hundertdreißigtausend. Das war von neuem ein Beweis, nicht errechnet, nicht gesucht, sondern erlebt an Menschen, an opferbereiten, treuen Menschen in überwältigender Zahl. Das deutsche Volk in seinen wertvollsten Teilen steht zur Republik! —

### Friedensmiete ab 1. Juli.

Die Beratung des Antrags der Sozialdemokratie auf Sinauschiebung des Termins zur Einführung der Friedensmiete bis zum 1. April 1927 fand am Sonnabend im Steuerauschuß des Reichstags statt.

Die Reichsregierung ließ durch den Finanzminister Reinhold erklären, daß sie an dem im Finanzausgleichsgesetz vorgesehenen Termin vom 1. April 1926 festhalten müsse, da der Finanzausgleich mit den Ländern auf der Einführung der Friedensmiete basiere. Auch laufe man Gefahr, daß eine Verzögerung in der Erreichung der Friedensmiete der Durchführung des Wohnungsbauprogramms große Schwierigkeiten bereite. Die Reichsregierung verkenne allerdings nicht, daß die augenblickliche Not großer Volksschichten der sprunghaften Erhöhung der Friedensmiete große Hemmnisse in den Weg lege. Das sei besonders in denjenigen Ländern der Fall, wo man gegenwärtig mit der Miete weit unter 100 Prozent stehe. So habe Preußen erst 84, Baden 85, Sachsen 87 Prozent der Friedensmiete erreicht. Wollte und könne man den Sprung auf 100 Prozent nicht sofort machen, so sei höchstens eine kurze Sinauschiebung des Termins möglich.

Auch die Vertreter der Länder hoben ihre Bedenken gegen den sozialdemokratischen Antrag hervor, jedoch mußten auch sie anerkennen, daß es keinesfalls leicht sei, bis zum 1. April 1926 überall die Friedensmiete zu erreichen und daß eine kurzfristige Verschiebung dieses Termins keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten werde.

Die Versuche der Sozialdemokratie, eine Mehrheit für den Antrag auf Sinauschiebung der Friedensmiete bis 1. April 1927 zu erreichen, waren erfolglos. Die Deutschnationalen aber ließen auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen, ohne zu einer plumpen Demagogie zu greifen. Sie brachten einen Antrag, die Hauszinssteuer überhaupt zu beseitigen und nur eine Wohnbauabgabe von 20 Prozent zu erheben. Dieser Antrag bedeutet, daß der Anteil der Hausbesitzer von etwa 60 Prozent der Miete auf 80 Prozent erhöht wird, so daß sie einen Mieteertrag auf Kosten der Mieter erzielen würden, eine jährliche Zuwendung von rund einer Milliarde Mark.

Zum Prinzip erklärte sich auch die deutsche Volkspartei für diesen Antrag! Die Mehrheit aber, die den Fried durchschante, lehnte eine sofortige Abstimung über diesen Antrag ab, der ein neues Beispiel dafür ist, daß die Deutschnationalen

# Sozialpolitischer Großkampfstag.

Die Sonnabend-Sitzung des Reichstags wird um 12 1/2 Uhr eröffnet. Der Gesetzentwurf über die Vereinfachung der Lohnsteuer, der auf einen sozialdemokratischen Antrag zurückgeht, wird nach den Beschlüssen des Ausschusses ohne Aussprache verabschiedet.

Auch das deutsch-französische Handelsabkommen wird in zweiter und dritter Beratung debattiert. Es folgt die Beratung der Beschlüsse des Sozialen Ausschusses und des Haushaltungsausschusses über die Anträge zur Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung.

Berichterstatter ist Abg. Aufhäuser (Soz.): Die Beratungen begannen zu einer Zeit, wo die ersten Auswirkungen der großen Wirtschaftskrise sichtbar wurden. Leider sind dabei auch vielfach Kleinliche politische Gesichtspunkte zum Ausdruck gekommen. Das Reichskabinett hat wiederholt in den Verhandlungen eingegriffen. Was endlich erreicht wurde, bedeutet immerhin einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, insbesondere hat die Unterstützung der Kurzarbeiter eine grundsätzliche Bedeutung.

### Abg. Dismann (Soz.)

weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie schon bei Beginn der Krise die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung verlangt hat. Infolge damaliger Voraussage, daß die Zahl der Erwerbslosen sich bald vermehren werde und daher vorzuziehende Maßnahmen getroffen werden müssen, ist nicht beachtet worden. Sprunghaft sind dann die Zahlen der Erwerbslosen gestiegen, bis sie Ende Januar weit über 2 Millionen betragen. Welche Unsumme von menschlichem Elend verbirgt sich hinter diesen Ziffern! (Sehr richtig! h. d. Soz.) Dabei sind hier nur die Hauptunterstützungsempfänger berücksichtigt. Die Verhandlungen im Sozialpolitischen Ausschuss wurden immer wieder hinausgezogen, lange Zeit war nur eine geschäftsführende Regierung da, die nichts getan hat. Die Sozialdemokratie verlangte die Erhöhung der Unterstützungssätze für die Hauptunterstützungsempfänger um 30 vom Hundert, die Familienglieder um 15 vom Hundert, im Höchstbetrug um 15 vom Hundert.

ferner daß die Unterstützung der Erwerbslosen für die Dauer der Arbeitslosigkeit zu gewähren sei. Um die Durchführung dieser Forderungen zu verhindern, erschien der Reichskanzler wiederholt in höchst geeigneter Person im Ausschuss. Er verhinderte sogar die Annahme der gewiß bescheidenen Zugeständnisse der bürgerlichen Parteien. Für das, was jetzt vorliegt, trifft das Sprichwort: „Was lange währt, wird endlich gut“ nur in ganz bescheidenem Maße zu, es wird noch abgeschwächt durch eine jetzt vorliegende Entschädigung der bürgerlichen Parteien, nach der der „Mißbrauch“ der Arbeitslosenunterstützung bei Arbeitskämpfen verhindert werden soll. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Mit dem jetzt erreichten Ergebnis können wir uns in keiner Weise zufrieden geben.

Der Redner schloß unter lebhaftem Beifall der sozialdemokratischen Fraktion mit dem Hinweis darauf, daß wir uns über den Ernst der augenblicklichen Situation nicht täuschen. Wir wollen den Opfern der Krise weitgehend Hilfe bringen, aber als Sozialisten wissen wir, daß die Krise eine

### Erscheinung des kapitalistischen Systems

ist und daß sie zeigt, wie unhaltbar dieses ganze System geworden ist. Diese kapitalistische Wirtschaft muß verschwinden, um einer besseren wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Ordnung Platz zu machen.

Abg. Hartmann (dt.-nat.) weist darauf hin, daß die Notstandsarbeiten heute sehr große Mittel in Anspruch nehmen, da die Materialpreise, besonders für den Wohnungsbau, so hoch seien. Abg. Frau Leusch (Ztr.) widerspricht den Vorwürfen des Abgeordneten Dismann wegen der Behandlung der Erwerbslosenfrage im Reichstag. Im Dezember sei den Erwerbslosen ausdrücklich erklärt worden, daß die damalige Lösung nur vorläufig sein sollte und daß weitergehende Wünsche erfüllt werden sollten, sobald die neue Regierung gebildet sei.

Abg. Hädel (Komm.): Frau Leusch sollte einmal den Erwerbslosen in Berlin vorrechnen, wie eine Familie mit 13,90 Mark in der Woche leben soll. Das Zentrum ist im Ausschuss umgefallen, als die Regierung erklärte, über 20 Prozent nicht hinausgehen zu wollen.

Abg. Semeter (dt.-nat.) begründet eine Entschädigung, wonach die Erwerbslosenunterstützung in Sachleistungen umgewandelt werden kann, besonders in der Form von landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Reichsarbeitsminister Brauns ersucht, mit der Einsetzung einer bestimmten Summe für die Erwerbslosenunterstützung bis zur dritten Lesung des Haushalts zu warten.

Abg. Schneider (Berlin, Dem.) beantragt, den Antrag Semeter dem Ausschuss zu überweisen.

Abg. Schmitt (Komm.) lenkt die Aufmerksamkeit des Reichsarbeitsministers auf die Tatsache, daß die Landarbeiter noch vielfach um die Erwerbslosenunterstützung gebracht werden.

Abg. Pfeffer (D. Sp.) bezeichnet die jetzige Art der Erwerbslosenfürsorge als unmoralisch.

Damit schließt die Aussprache. In einer persönlichen Bemerkung weist Abg. Dismann (Soz.) der Frau Leusch gegenüber an Hand der Zahlen nach, daß die Unterstützungen der Erwerbslosen in Berlin auch jetzt noch ganz ungenügend sind. Die Sozialdemokratie habe im Ausschuss für ihren Antrag gekämpft; erst als er abgelehnt wurde, habe sie für den Antrag der Regierungsparteien gestimmt.

Abg. Frau Leusch (Ztr.) meint, daß das Zentrum im Ausschuss keine andere Stellung habe einnehmen können, als sie es getan habe.

Den Beschlüssen der Ausschüsse wird darauf unter Ablehnung aller andern Anträge zugestimmt. Sie besagen folgendes:

- a) Die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge werden mit sofortiger Wirkung erhöht:
  1. für Hauptunterstützungsempfänger (verheiratete wie ledige) um 10 vom Hundert,
  2. für alleinstehende Erwerbslose unter 21 Jahren um 20 vom Hundert.
- b) Die Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge werden in den Ortsklassen A, B und C um 10 vom Hundert erhöht. Außerdem wird eine Entschädigung, angenommen: Die Reichsregierung zu ersuchen, in der beschriebenen Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung folgende Punkte zu berücksichtigen:
  1. den Beginn der Unterstützungstage nicht nach Ledigen und Verheirateten zu differenzieren,
  2. die Kurzarbeiterunterstützung beträgt für den 3., 4. und 5. ausgefallenen Arbeitstag den Tageslohn, den der Kurzarbeiter als Vollerwerbsloser erhalten würde,
  3. in eine Prüfung darüber einzutreten, ob in Betrieben, in denen Kurzarbeit nicht durch den Ausfall voller Arbeitstage

durchführbar ist, nicht auch dann die Unterstützung eintreten kann, wenn die umgerechneten Stunden die erforderliche Zahl von Arbeitstagen ergeben, wobei die besondern Arbeitsverhältnisse der Angestellten zu berücksichtigen sind.

Der Antrag Semeter (Bezahlung in Naturalien) wird dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Es folgt die Einzelberatung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums bei Kapitel II (Sozialversicherung).

### Abg. Aufhäuser (Soz.):

Das Reichsarbeitsministerium hat in seiner Denkschrift leider nur die absolute Zahl an Aufwendungen für die Arbeitsversicherung mit 2,348 Milliarden aufgeführt. Um sie aber richtig würdigen zu können, muß man in Rechnung stellen die höhere Personenzahl der Versicherten und den verringerten Wert des Geldes. Daraus ergibt sich, daß von einer Steigerung der sozialen Lasten nicht geredet werden kann. Man muß auch die soziale Belastung der Wirtschaft in Verbindung bringen mit der gesamten Lohnsumme und weiter feststellen, wie groß der Anteil des Lohnes an den deutschen Produktionskosten ist. Das hat das Reichsarbeitsministerium nicht getan. Wir haben uns nun die Mühe gemacht, das nachzuholen und festzustellen, wieviel die soziale Belastung der Wirtschaft beträgt. Wir sind dabei auf einen Satz von 1 bis höchstens 1 1/2 Prozent gekommen. (Hört, hört!) In einer Schulfabrik, die hochwertige Waren herfertigt, haben wir festgestellt, unter Zugrundelegung der genauen Skalulation, daß auf einem Paar Stiefel eine soziale Belastung von 11 Pfennig liegt. (Hört, hört! h. d. Soz.) Glaubt man, daß diese Stiefel billiger werden würden, wenn man die soziale Belastung von 11 Pfennig beseitigt? In der Denkschrift wird eine Nachprüfung der Leistungen der Krankenkassen angefordert, und das hat genügt, um die Deutsche Volkspartei im Ausschuss zu einem Angriff gegen die Krankenkassen zu veranlassen. Die Krankenkassen haben aber nicht der Deutschen Volkspartei, sondern dem deutschen Volke zuliebe ihre Aufgaben erweitert. Wenn die Krankenkassen auch zur Versorgung der Versicherten mit Heilmitteln übergegangen sind, so geschah das im Interesse der Versicherten selbst. Auch die Verhandlungen über die angeblich zu hohen Verwaltungskosten der Krankenkassen sind unbegründet. Sie betragen höchstens 8 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit von 10 und mehr Prozent. Demgegenüber sind die Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften ganz beträchtlich höher. Der Ausgangspunkt für die Versorgung der Versicherten mit Arzneimitteln durch die Krankenkassen war der

### Preiswucher der Apotheken.

(Sehr wahr! h. d. Soz.) Wenn die Apotheken mit 500 und mehr Prozent arbeiten, dann war es eine einfache Selbstverständlichkeit, daß die Krankenkassen die Versorgung mit Heilmitteln selbst in die Hand nahmen. Sie haben dadurch auch schon Ersparnisse von 3 bis 4 Millionen im Jahr erzielt. (Hört, hört! h. d. Soz.) Diese Ersparnisse kommen den Kranken zugute, wo haben also keinen Anlaß, den Wucher des Apothekenkapitals zu unterstützen. Es ist sehr bedauerlich, daß sich auch der Abgeordnete Thiel als Vertreter einer Angestelltenorganisation zum Sprecher dieser Angriffe gemacht hat. Bei dieser allgemeinen Erörterung kann auch die Kritik an der Kreditgarantie der Versicherungsanstalten nicht übergegangen werden. Von einer Gesamtsumme von 272 Millionen sind für Stedlungszwecke ganze 9,1 Millionen Mark Darlehen gegeben worden. (Hört, hört! h. d. Soz.) Wir haben an der Tätigkeit des Reichsarbeitsministeriums vieles anzusehen. Wir können ihm aber auch die Zuficherung geben, daß, sobald der Ansturm einzelner Parteien und der Industrie auf dieses Ministerium erfolgt, es auf unsere Unterstützung in diesem Kampfe rechnen kann. Mit Versuchen, das Arbeitsministerium zu beseitigen, schlägt man den Saft, aber man meint die Arbeiter. (Leb, Weifall h. d. Soz.)

Abg. Rademacher (dt.-nat.) behauptet unter lautem Widerspruch der Linken, das alte Kaiserreich habe eine weit wirksamere Sozialpolitik getrieben als die Republik.

Abg. Gerig (Ztr.) verteidigt die Kreditpolitik der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gegen die Angriffe des Abgeordneten Aufhäuser. Gegenüber dem Abgeordneten Rademacher erklärt der Redner, daß das Mißtrauen der Bergarbeiter gegen die Unternehmer berechtigt sei.

Abg. Ziehl (Komm.) bezeichnet die Ausführungen des deutschen nationalen Redners über die Sozialpolitik des alten Kaiserreichs als Geschichtsfälschung.

Abg. Thiel (D. Sp.) behauptet, daß die Vermögensverwaltung der Angestelltenversicherung einwandfrei sei.

Abg. Sparer (Dem.) wendet sich dagegen, daß von den Krankenkassen aus den Geldern der Versicherten Erwerbsgesellschaften gegründet werden.

Beim Kapitel Tarifverträge, Lohn- und Einigungswesen, Betriebsverfassung spricht

### Abg. Becker (Herborn, Soz.)

den Wunsch aus, daß die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse besser als bisher kontrolliert werde. Besonders schlimm steht es damit in Schlesien. Das Ministerium muß sich verantwortlich fühlen für die Dinge, die sich dort abspielen, vor allem muß es dafür sorgen, daß in Oberschlesien die Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden unter Tage verschwindet. Als im Ruhrgebiet Anfang 1924 durch einen Schiedsspruch eine Lohnerhöhung erreicht wurde, hat das Arbeitsministerium dessen Verbindlichkeitsklärung abgelehnt. Als dann ein neuer Schiedsspruch eine Verschlechterung brachte, ist er gegen den Willen der Arbeiter verbindlich erklärt worden. Die Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen sollte nach der Auffassung des Ministeriums dann erfolgen, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt, und das öffentliche Interesse ist dann da, wenn eine größere Anzahl von Personen in Betracht kommt. (Beifall h. d. Soz.)

Abg. Göl (dt.-nat.) behauptet, daß das Schlichtungswesen den Frieden zwischen Arbeitern und Unternehmern störe, weil es die Bildung des richtigen Lohnes verhindert und an dessen Stelle einen von den Instanzen festgesetzten willkürlichen Lohn setze.

Abg. Frau Behm (dt.-nat.) erklärt, daß sie gerade entgegengegesetzter Meinung wie ihr Parteifreund Göl sei. Man könne sich nicht vorstellen, welche Zustände sich in der Heimarbeit entwickeln würden, wenn es keine Tarifverträge mehr gäbe.

Abg. Berk (Komm.) begründet eine Entschädigung, wonach der Reichstag das arbeiterfeindliche Verhalten des Reichsarbeitsministers bei Lohn- und Arbeitszeitkämpfen durch die von ihm gefällten Schiedssprüche mißbilligt.

Ministerialdirektor Stüler erklärt, daß das Schlichtungswesen sich bewährt habe, das Reichsarbeitsministerium könne aber nicht für jeden Schiedsspruch verantwortlich gemacht werden. Um 5 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Montag den 1. März, nachmittags 3 Uhr mit der Tagesordnung: Aenderung des Reichspostgesetzes, Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums.

Großen Kaladin Roland, der in den Dichtungen des Mittelalters immer als der Riese bezeichnet wird, erst später durch diese Dichtungen populär wurde.

Daß diese Figuren gerade auf den Märkten aufgestellt wurden, ist ganz natürlich, denn hier war die Stätte des Hauptverkehrs und des eigentlichen Gemeindelebens, und hier fand auch meistens das öffentliche Gericht statt. Man hat deshalb diese Rolandssäulen auch als Sinnbilder der eignen städtischen Gerichtsbarkeit angesehen. Jüerit war die Auffassung verbreitet, daß diese Ständbilder nur in Niederfachsen vorkämen, bald mußten die Niederfachsen, die sich besonders viel auf den Besitz solcher Denkmäler zugute lassen, erkennen, daß ihr Anspruch, den Roland als Eigentümlichkeit ihres Stammes auszugeben, doch nicht ganz gerechtfertigt war. Man findet diese Säulen nämlich auch in Oesterreich, während sie auffälligerweise im ganzen westlichen Niederfachsen fehlen. Dabei hatten auch dort die Gemeindefürsorge das Stapelrecht und eigne Gerichtsbarkeit, zwei Gerechtigkeiten, als deren Kennzeichnung die Rolands Säulen gerade dienen sollten.

Es ist in der Tat merkwürdig, daß sich westlich der Weser kein Roland findet, wohl aber auf dem Rheine, namentlich auf dem Gebiete des deutschen Ritterordens. Aus dieser Wahrnehmung hat sich die Auffassung abgeleitet, daß diese Gestalten nur einfach Abbilder von Rittern seien, da sie meist ein sehr jugendliches Antlitz haben und einen Kranz, jedoch kein Wehrgehänge und keine Sporen, vielmehr nur ein bloßes Schwert erhoben tragen. Es handele sich also wohl — glaubte man — um junge Ritter, die vor ihrer Wehrhaftmachung stehen und Wache vor der Kirche halten, bevor ihnen der Mitterschlag erteilt wird. Nach dieser Erklärung würden die Rolands Säulen freilich nichts mit den Bürgerrechten und -freiheiten zu tun haben.

Mit einer ganz neuen Theorie trat Feldmann im Jahre 1904 hervor. Er wies aus städtischen Akten nach, daß man im Mittelalter dreihäusige riesenhafte Figuren kannte, die gewissen Sportbelustigungen dienten. Die Teilnehmer an dem Spiel mußten versuchen, die sich drehende Figur in ihrer Bewegung aufzuhalten und wurden daran durch andre Personen gehindert, die sich auf dem obern Teil der Gestalt befanden und mit langen Stangen bewaffnet waren. In diesem Spiele nahm die ganze Stadtbevölkerung teil. Es kam übrigens in Deutschland erst auf, als es in England und Frankreich bereits aus der Mode gekommen war und gelangte in Niederdeutschland zur höchsten Blüte. Im 14. Jahrhundert wurde das Spiel in England ganz verboten, und nur die Ueberreste haben sich in Figuren aus Porzellan erhalten; die nach vor dem Weltkrieg bei der Nordmarchschau, der alljährlichen Einsetzung des Londoner Oberbürgermeisters, im Festzuge mitgetragen wurden. Auf Grund dieser Vorgänge nimmt Feldmann an, daß unsere heutigen Rolandfiguren aus diesen Spielgestalten hervorgegangen seien. Die dreihäusige Figur wurde nämlich französisch „Le Roulant“ (der Drehbare) genannt, und daraus habe sich der Name Roland ergeben. Diese Ständbilder seien am Rathaus aufgestellt worden, weil der Magistrat sie zu jedem Jahresfeste erneuern mußte. Man wird jedoch diese Theorie nicht sehr einleuchtend finden, zumal da dann gar nicht erklärt ist, weshalb die Rolandssäulen nicht in den westlichen Teilen uners Landes vorkommen.

In neuerer Zeit kam die Vorliebe für Rolandgestalten wieder zum Ausdruck, als Wilhelm 2. der Stadt Berlin einen Rolandbrunnen schenkte, dem die Stadt jedoch die Aufstellung am Rathaus verweigerte, und als er den italienischen Komponisten Leoncavallo mit der Vertonung einer Oper „Der Roland von Berlin“ beauftragte. Später hat man in Hamburg als Kolossaldenkmal von Wisnand in der Gestalt des Rolands aufgestellt, und ebenso haben andre Städte Denkmäler für neugebildete berühmte Männer in der Form von Rolandssäulen geschaffen, wie z. B. Metz, dessen Rolandbild die Züge des Grafen Häfeler trägt.

### Kommunistische Saboteure auf dem Lande.

Es konnte schon wiederholt bewiesen werden, daß es den Kommunisten in dem Kampfe für die Enteignung der Fürsten weniger auf den sachlichen Erfolg als auf die parteipolitischen Geschäfte ankommt. Man glaubt, endlich die Gelegenheit gefunden zu haben, um an die in der Sozialdemokratischen Partei und in den freien Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeiter heranzukommen. Auch unter den freigewerkschaftlich organisierten Landarbeitern wird eifrig gearbeitet. Am 4. Februar 1926 brachte der kommunistische Reichstagsabgeordnete Obendorf ein Rundschreiben zum Versand, in dem es heißt:

Wir halten es für notwendig, daß in jedem Landarbeiterort, insbesondere wo D. L. B. -Zahlstellen bestehen, umgehend zur Bildung von Einheitskomitees geschritten wird. (Siehe Zeitung.) Die Einheitskomitees müssen dann auch die Durchführung sonstiger Aufgaben, wie Werbung von Verbandsmitgliedern, Kampf organisieren, um Erwerbslosenforderungen, Lohnforderungen mit erfüllen.

Versammlungen müssen möglichst abgehalten und Beschlüsse über die Durchführung der Fürstenteignungskampagne gefaßt werden.

Wir brauchen eine Aufstellung von jedem Gute darüber, wieviel Arbeiter und Arbeiterinnen vor dem Krieg und im Frühjahr 1926 und jetzt dort beschäftigt sind. Natürlich muß dabei auch angegeben werden, ob das Gut vergrößert oder verkleinert wurde. Die Angaben sind wichtig zur Berechnung der Lohnausgaben auf den einzelnen Gütern, um mit gutem Material den Gutsbesitzern gegenüberzutreten zu können. Möglicherweise auch die Löhne für die obengenannten Zeiten angeben.

Wir benötigen Angaben über die Zusammenfassung der Zahlstellenleitungen des D. L. B. in den einzelnen Orten. Teilt mit, wieviel im Vorstand der Zahlstelle Kommunisten, Sozialdemokraten, Parteiloze heute sind und wieviel im letzten Jahre. Bei den Parteilozen muß angegeben werden, ob sie mit der D. L. B. oder der S. P. D. halten.

Berichtet überall das und besonders auch darüber, welche Maßnahmen ihr zur Durchführung der Fürstenteignungskampagne beschlossen habt.

Mit revolutionärem Gruß

gez. Wilhelm Obendorf,

Berlin C, Rosenhaler Straße 38.

Die Kommunisten sollen sich nicht irren. Nirgend findet ihre Agitation so starken Widerstand, wie gerade unter den freigewerkschaftlich organisierten Landarbeitern. Sie hatten genügend Gelegenheit, die Kommunisten zu beobachten und festzustellen, daß ihr Wirken nicht zuletzt im Interesse der landwirtschaftlichen Unternehmer lag.

Im übrigen beweist der neue Fall wieder, wie dringend notwendig es ist, in dem Kampfe für die Enteignung der Fürsten alles zu unterlassen, was die Trennungslinie zwischen uns und den Kommunisten verwischen könnte.

### Stadtkreis Burg.

Elternabend der weltlichen Schule. Die Agitation für die weltliche Schule hat Erfolge gezeitigt. Die weltliche Schule ist gesichert. Ein großer Teil der hiesigen Lehrerschaft hat sich für die weltliche Schule gemeldet. Täglich laufen noch Neuanmeldungen von Kindern ein. Fast 100 Schulanfänger sind zu Elternabend gemeldet. Um der Elternschaft zu zeigen, daß die Kinder an

### Nachrichten aus der Provinz.

#### Rolandssäulen.

Zu vielen deutschen Städten finden wir noch heute die Rolandssäulen, die von den Fremdenführern meistens als Wahrzeichen städtischer Freiheit im Mittelalter gedeutet werden. Diese Erklärung, die auf keinen geringeren als Jakob Grimm zurückgeht, ist längst als irrig aufgegeben worden. Auch die Annahme, daß es sich hier um Nachbildungen der allgermanischen Arminussäule handle, die dem Gotte Donar geweiht war, läßt sich

nicht mehr aufrechterhalten. Ueberhaupt ist der Ursprung des Brauchs der Errichtung von Rolandssäulen noch keineswegs restlos geklärt. Den berühmten Bremer Roland hat man als Bildnis Kaiser Ottos des Großen betrachten wollen, das der Stadt vom Bremer Erzbischof zum Danke für die Verleihung des Bannrechts geschenkt worden sei. Dieser Bremer Vorgang soll dann der Anlaß für die Errichtung aller übrigen Rolandssäulen in andern Städten gewesen sein. Nun ist es aber auffällig, daß die Bezeichnung „Roland der Riese“ für das Bremer Ständbild erst 1154 nachweisbar ist, während die Figur bereits 965 errichtet wurde. Vielleicht hängt das damit zusammen, daß Karls des

weillichen Schulen etwas gutes leisten, hat der Vorstand der hiesigen Schulfreunde die Spielbarkeit der 2. Magdeburger-Musikschule nach hier gebeten. Die Kinder stehen unter Leitung unferer beherrschten Schulfreunde Faulbaum (Magdeburg). Einige lustige Sachen werden von den Kindern zur Aufführung gebracht werden. Zur Dedung der Unkosten wird ein geringes Entgelt gefordert, für Erwachsene 25 Pfg. und Kinder 10 Pfg. Anfang pünktlich 7 1/2 Uhr. Der Abend findet am Freitag den 28. d. M. in der „Zentralhalle“ statt. Es wird erwartet, daß sich alle Schulfreunde und Parteigenossen mit ihren Frauen und Kindern beteiligen. Die Vorstellungen beginnen pünktlich um 7 1/2 Uhr, da die Magdeburger Kinder um 9.57 Uhr abreisen.

Ein Frauenabend findet am Mittwoch im Gewerkschaftshaus statt. Vollzähliges Erscheinen aller Genossinnen ist notwendig.

Der Volksklub hat sich bisher in jeder Weise bei allen Veranstaltungen der Arbeiterpartei zur Verfügung gestellt. Am besten kann ihm Dank gezollt werden, wenn auch seine Veranstaltungen von der Arbeiterpartei besucht werden. Der Chor bezieht am Sonnabend den 6. März im „Kongresshaus“ seine Gründungsfeier. Der Schlager des Abends ist die Aufführung einer dreitägigen Operette „Die fromme Helene“.

Volksbühne Burg. Am Montag den 1. März d. J. wird die Volksbühne wieder ein Gastspiel des Märkischen Wanderschauspiels bringen. Zur Aufführung gelangt das Schauspiel von Goethe „Die Geschwister“ zusammen mit „Der zerbrochene Krug“ von Kleist. Die Aufführung der Kunstbühne, die uns diese beiden Werke vermitteln wird, verspricht ein ganz besonderer Genuß zu werden. Die Rollen liegen in den Händen der bewährten Mitglieder des Märkischen Wanderschauspiels.

### Kreis Wolmirstedt-Meuhaldensleben.

Barleben. Frauenabend. Zu dem am Mittwoch abend 8 Uhr stattfindenden Frauenabend hat Genossin Uring ihr Erscheinen zugesagt. Die Frauen werden erjucht, alle zu erscheinen. Auch Gäste sind willkommen.

Ebenorf. Fraktionsjitzung Dienstag den 23. Februar, abends 8 Uhr, beim Vorsitzenden, Genossen Bertold Genthe.

Ebenorf. Demonstration. Die Parteigenossinnen, Parteigenossen, Reichsbannerkameraden und Landarbeiter versammeln sich am Mittwoch den 24. Februar, abends 7 1/2 Uhr, auf dem Gemeindeplatz (Dankwörth) zum Abmarsch zur gemeinsamen Versammlung der Ortsvereine. Ebenorf, Meisdorf, Dahlewardeleben und Hofenwardeleben nach Dahlewardeleben. Es gilt für den Volksklub zu agitieren. Die Kapelle des Arbeiter-Sportartells steht zur Verfügung. Infolge Erkrankung des ersten Vorsitzenden der Partei ist dem Genossen Ferdinand Schulze die Leitung übertragen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nur von den Sammelleuten und Extramartern, die von dem Bezirksverband herausgegeben sind, Gebrauch gemacht werden darf. Nach dem Beschluß des Bezirkskongresses muß jedes Parteimitglied eine Extramarke haben.

Ebenorf. Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung veranstaltete am Freitag einen öffentlichen Vortrag mit dem Thema „Kirche, Feuerbestattung und Arbeiterpartei“. Der Geschäftsführer des Bezirks, Genosse Grotz (Magdeburg), behandelte die Stellung der Arbeiterpartei zur Kirche und kam zum Schluß zur Auffassung, daß jeder denkende Arbeiter die Kirche verlassen muß, weil sie im Dienste der Reaktion steht. Die Feuerbestattungsbewegung wurde eingehend erörtert und es meldete sich ein Anzahl Genossen an. Da eine Zahlstelle in Ebenorf nicht besteht, wende man sich wegen Auskunft und Neuanmeldungen an den Genossen Hermann Thiele, Obenstedt, Helmstedter Straße 208.

Garthe. Diebstahl. In der letzten Woche wurde bei dem Bergarbeiter Paul Müller ein Einbruch verübt. Die Diebe verschafften sich Zugang in den Keller, um einen tüchtigen Raubzug zu unternehmen. Es wurden 50 Büchsen Kurr und eingelochtes Fleisch mitgenommen. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur. Der Filmvortrag des Konjunkturvereins findet nicht am Mittwoch, sondern am Dienstag den 23. Februar.

Hötensleben. Der frühere Neberradikale Albert Gule, Vorsitzender vom bürgerlichen Fußballklub 1911 konnte es nicht überwinden, daß er nicht von der Gemeindeverwaltung zum Vorsitzenden des Ortsausschusses für Jugendpflege gewählt wurde. Deshalb hielt er es für angebracht, den Genossen Emil Göttele in einem „Eingelassen“ im „Hötenslebener Anzeiger“ anzugreifen und von der Neutralität der bürgerlichen Sportvereine zu jeheln. Leider gibt es auch noch viele Arbeiter, die der Partei und dem Reichsbanner angehören, aber ihren Kindern immer noch gepfatten, sich in bürgerlichen Sportvereinen aufzuhalten. Dadurch können diese Vereine immer noch an Zahl an die Arbeiterpartei heranreichen, wenn auch sonst im Sport selbst die Arbeiterpartei bedeutend mehr leisten, wie es ja jetzt der Film „Die neue Gewerkschaft“ gezeigt hat, der leider von den sporttreibenden Arbeitern, die sich immer noch in dem bürgerlichen F.-S. G. aufhalten, nicht beachtet wurde. Darum Arbeiter, Eltern, beweist es bezüglich dem 1. Vorsitzenden des F.-S. G., daß bezüglich der Arbeiter-Partei „Männer-Turn-Verein“ der nächste sporttreibende Verein am Orte ist, aber doch nicht, indem ihr eure Kinder aus dem F.-S. G. herausnehmen und in den M.-S.-S. jährt. Der M.-S.-S. betreibt nämlich Sportarten, so daß jeder körperlich erntüchtigen kann.

Hötensleben. Gemeindeverreiter-Sitzung. Genosse A. Kapp wurde durch Handjehlag vom Gemeindeverreiter verjährt. Ein Antrag der Siedler wegen Ueberlassung von Gemeindegelände vor ihren Häusern wurde nach kurzer Debatte dadurch erledigt, daß den Siedlern das Gelände am 12. Jahre verpachtet wird mit der Maßgabe, daß wenn keine der beiden Parteien ein Vierteljahr vor Ablauf der Pachtzeit kündigt, der Pachtvertrag stillschweigend weiterläuft. Ein Antrag Pecher und Genossen wegen Einbindung der Steuern wurde abgelehnt. Genosse Hoffmann jührte aus, daß wenn man den Landwirten die Steuern bis zur nächsten Ernte jahren würde, der Gemeindevorstand nicht haarkieren kann und die Gemeinde ihren Verpflichtungen dem Staat gegenüber nicht nachkommen kann. Außerdem könnte dann jeder Gewerbetreibende jowie jeder Hauswirt die Steuerzahlung verlangen. In übrigen haben es die Landwirte bisher immer noch verstanden, sich von den Steuern zu drücken. Je janders die Hausjehner würde hoch von ihnen überhaupt nicht bezahlt, während alle anderen Hausjehner zu jiefer Steuer herangezogen würden. Gegen den Antrag jprachen noch der Genosse Alenagen und der Demokrat Schjearnbi. Dafür jprach nur der Landwirt Hoffe, so daß der Antrag mit elf gegen eine Stimme abgelehnt wurde. Landwirt Hofung erjucht den Vorjand, einen Winter in jehm Haus aufzuheizen, alsdann würde die Gemeinde die entsprechenden Ausgaben durch Einbindung einer Kündigungsstrafe jahren. In den Ortsausschuss für Jugendpflege wurde Genosse Grotz Kandidat vom Konjunkturverein gewählt. Der Sportplatzangelegenheit entspann sich eine große Debatte. Wegen Uebernahme geeigneten Geländes zur Einbindung eines Sportplatzes vor der Konjunkturverein jehm im vergangenen Jahre an die Gemeinde herangezogen. In einer der letzten Gemeindevorstandssitzungen wurde deshalb eine Kommission gewählt,

die mit dem am Orte befindlichen bürgerlichen Sportverein wegen Ueberlassung zur Mitbenutzung ihres gepachteten Sportplatzes verhandeln sollte. Der Demokrat Schjearnbi erntätete Bericht und jührte u. a. aus, daß die Verhandlungen mit dem F.-S. Götensleben zu keinem Erfolg geführt hätten. Im Gegenteil, der Verein hätte einstimmig beschloffen, den Platz von keinem andern Verein mitbenutzen zu lassen. An die Errichtung eines weitem Sportplatzes könne aber nicht gedacht werden, da die Gemeinde Mittel nicht zur Verfügung hätte und der Fußballsporj ja auch von jedem Einwohner in dem bestehenden F.-S. Götensleben gelübt werden könnte. Genosse Emil Göttele sprach für die Errichtung eines Sportplatzes und wies auf das „Kapellenfeld“ hin. Es wäre sehr notwendig, auch für die Arbeitervereine einen Sportplatz zu schaffen, damit die Arbeiterjüngend in den Arbeiterjportvereinen durch Leibesübungen erntüchtigt werde. Da die Gemeindevorstandsgang in der Nähe sei, würden die Unkosten nicht besonders hoch. Auch würde hierdurch für die Arbeitslosen eine Arbeitsgelegenheit geschaffen, so daß man zwei Kliesen mit einer Klappe schlagen könne. Nach langer Debatte schlug Schjearnbi selbst folgenden Antrag vor: „Die Gemeindevorretung beschließt, das Kapellenfeld für einen Sportplatz freizugeben.“ Das wurde angenommen, nur zwei Unentwegte stimmten dagegen. Dann wurde noch ein Antrag des Mietervereins verlesen, indem er um Ueberlassung von Waugelände bat. Dem Antrage wurde zugestimmt. Genosse Emil Göttele fragte noch nach der Zahl der Erwerbslosen und nach Ausführung von Notstandsarbeiten. Die Zahl der Erwerbslosen wurde von dem Gemeindevorsteher auf über 200 beziffert. Der Demokrat Schjearnbi stellte hierauf den Antrag auf Wahl einer Kommission, die die Notstandsarbeiten vorbereiten und die zur Dedung der Ausgaben benötigten Mittel vom Kreis beschaffen soll. Gemählt wurden Genosse Emil Göttele sowie die beiden Bürgerlichen Fr. Göttele (Dt. Vp.) und P. Schjlonst (Ztr.).

### Sommeründe. @ Öffentliche Volksbücherei Knabenschule Lindenstr. Geöffnet Mittwochs 4-6 Uhr.

### Kreis Calbe.

Calbe. Vandalismus. Kaum ist die eiserne Einfriedigung am Eingang zum Laurents-Friedhof fertiggestellt, haben Vandalen eine Anzahl Stipen abgebrochen. Da hierzu ein erheblicher Kraftaufwand notwendig ist, dürften Kinder nicht in Frage kommen. Anjehende Krankheiten im Kreis Calbe in der letzten Woche: Lungen- und Kehlkopfentzündung: Groß-Salze 1, Stahjurt 1, Schönbeck 2 Erkrankungen; Aken 1, Calbe 1 Todesfall; Scharlach: Groß-Salze 1, Stahjurt 1, Schönbeck 1 Erkrankung; Paratyphus: Löbnitz 1 Erkrankung.

Schönebeck. Die vom Bildungsausschuss veranstaltete August-Feier hatte sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen, denn die „Lohnhalle“ war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Wandbühnenklub Allegretto füllte den musikalischen Teil aus, der besonders gut ankam. Dem folgte Genossin Appel von der Sozialistischen Jugend mit einem wunderbaren Prolog. Sodann ging Genosse Henneberg dazu über, Bebels Leben zu schildern und zu zeigen, wer und was der Vete für die unterdrückte Menschheit war. Ein Theaterstück „Die Freiheit“ wurde von der freien Volksbühne aufgeführt. Mit dem Massengesang der „Internationalen“ nahm die erhebende Feier ihr Ende. Weitere Arbeitseinschränkungen werden von dem gemischten Gewerkschafts-Königtrage, gemeldet. Ab heutigen Montag müssen wiederum bis auf unbestimmte Zeit Handwerker ausjehen. Hin und her. Am Freitag vergangener Woche waren Arbeiter damit beschäftigt, etwa 20 größere Löcher in der Wöthcherstraße neben dem Bürgersteig aufzuwerfen. Am Sonnabend morgen wurden plötzlich alle Löcher wieder zugejchüttet. Einige Reugierige, die die Arbeiter fragten, was denn eigentlich los sei, erjtelten als Antwort: „Hier hat mal einer wieder was angeordnet, ohne daß der Magistrat davon gewußt hat.“ Hoffentlich erfährt die Öffentlichkeit bald etwas davon. — Erwerbslosjenbewegung für Januar. Am 1. Januar waren beim Arbeitsamt als unterstützungsberechtigte Erwerbslose 875 männliche und 146 weibliche Personen gemeldet; die Zahl der am 1. Februar gemeldeten betrug 1245 männliche und 235 weibliche Personen; Zunahme 409 Erwerbslose. Anträge auf Unterstützung wurden 700 angenommen; 652 genehmigt. Anforderungen von Arbeitskräften fanden im Berichtsjahr fast gar nicht statt. Die Saline hat von ihrer alten Belegschaft 30 Mann eingestellt. Die Summwerke Hilop haben ihren Betrieb im beschränkten Umfang wieder aufgenommen. Die größeren Werke halten mit Anforderung volljähig janz. In der weiblichen Abteilung fanden einige Rekrutierungen in der Hauswirtschaft statt. Vom Arbeitsnachweis liegen folgende Zahlen vor: Zahl der Arbeitsjuchenden 1728 männliche, 333 weibliche, offene Stellen 26 und 10, besetzte Stellen 25 und 8. 33 wurden jomit 1703 männliche und 325 weibliche Arbeitsjuchende nicht untergebracht.

Schönebeck. Lektüreverein „Die Naturfreunde“. Unser Lektürebericht findet bestimmt am Dienstag den 23. Februar im Vereinslokal, „Wiener Restaurant“, statt.

Stahjurt. Die Parteijerammlung am Sonntag war wiederum außerordentlich gut besucht und die Besucher waren sehr bejriedigt über ihren anregenden Verlauf. Jugendjekretär Genosse Crummenel (Magdeburg) hielt einen sehr interessanten, mit starkem Reijall aufgenommenen Vortrag über „Erziehungsfragen und Sozialdemokratie“, der darlegte, daß die Mehrheit der Stimmen noch nicht genüge, um zur Sozialisierung jchreiten zu können, daß dazu vielmehr auch eine geistig hochstehende Arbeiterpartei nötig sei, die heranzubilden eine unjerej vornehmsten Aufgaben sein müsse. Schon bei der Jugend sei damit zu beginnen. In der lebhaftesten und anregendsten Diskussion jprachen die Genossen Daniel, Kerter, König, Lubwinsky und Gerold. In seinem Schlußwort berichtigte Genosse Crummenel einige zutage getretene irrige Auffassungen und jchließt seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß unsere Jugend die Unterstützung alterer Parteigenossen brauche, die aber über das nötige Maßgefühl verfügen müssen. Der Vorjehende, Genosse Gerold wünschte, daß das Gehörte auf fruchtbaren Boden gefallen sei. — Die Vode jührt wieder Grotzwasser, die Bruchjehre ist überflutet, jedoch liegt zu Beforgnissen kein Anlaß vor.

### Stadtkreis Stendal.

Parteiarbeit. Die parteijungjähigen Wahlbezirksleiter aus jrüjeren Jahren müssen die eingegangenen Briefjippen über Volksbegehren und Volksentjcheid so fröhzeitig im Sekretariat abholen, daß sie am Sonntag den 23. Februar verteilt werden können.

Wichtige Zusammenkunft der Vorstände und Funktionäre der Partei, des Ortsausschusses der freien Gewerkschaften und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Weiß am Dienstag abend 8 Uhr bei

Meier im Saal und nicht im Sekretariat, wie erst gemeldet. Tagesordnung: Volksbegehren und Volksentjcheid. Keiner darf fehlen. Mitgliedsbuch muß vorgezeigt werden.

Öffentliche Versammlung des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung am Mittwoch den 24. Februar, abends 8 Uhr, im „Odeum“. Thema: Kirche und Arbeiterpartei. Referent: Genosse B e u s, Dessau, Landtagspräsident. Die Herren Geistlichen und Lehrer sind zur Aussprache eingeladen.

Der Gemeindevorsteher! In den letzten Tagen verjandte das Parteijekretariat in Einfjchreibebriefen die Enttragungslisten für das Volksbegehren an die Gemeindevorjehenden. Am Sonnabend kam der an den Gemeindevorsteher in Lohn im Kreis Osterburg gesandte Einfjchreibebrief zurüd, mit dem Vermerk des Postjtelers: Verweigert, Brust, 18/2. Der Gemeindevorsteher konnte doch wohl nicht ahnen, daß in dem Briefe etwas war, was sich mit dem Fürjrentaub beschäftigt, aber es hat ihm wohl der Absender nicht gefallen. Eine telephonische Beschwerde beim Landrat in Osterburg wurde als unmöglich erklärt und eine schriftliche anheimgestellt. Das ist geföhren, mit dem Wunsch, daß die Beschwerde vor dem 4. März, dem ersten Tage der Listenauslegung, erledigt werde, und der Gemeindevorsteher in Lohn zur Annahme einer neuen Postfendung veranlaßt und ihm die verursachten Unkosten erlegt werden möchten. Für uns muß das ein Ansporn sein, im Kampf gegen den Raub aktiv zu sein bis zu einem vollen Siege!

Marktpreise. Schweinefleisch 1,20 Mt., Gehacktes 1,30 bis 1,40 Mt., Schlachtwurst 2 Mt., Rotwurst 1,40 Mt., Leberwurst 1,40 Mt., Kalbfleisch 1,10 bis 1,20 Mt., Rindfleisch (Suppen-) 90 Pfg., Rindfleisch (schieres) 1,30 Mt., Kouladen 1,30 Mt., Karbonade 1,30 Mt. je Pfund, Blumenjohl je Kopf 40 bis 80 Pfg., Weijstohl Pfund 20 Pfg., Mohrrüben Pfund 15 Pfg., Wirjingjohl Pfund 20 Pfg., Kohlrüben 10 Pfg., Zwiebeln 15 Pfg., Stedzwiebeln 35 Pfg., Salzhering Stüd 15 Pfg., grüne Heringe 15 bis 25 Pfg., Kartoffeln Pfund 4 Pfg., Bektner 2,50 Mt., Molkereibutter Pfund 2,20 Mt., Landbutter 2,10 Mt., Eier Stüd 12 Pfg., Rindchen Stüd 2 Mt., Tauben Stüd 1,10 Mt., Hähne Pfund 1,10 Mt.

Die Theatergemeinde. Die endgültige Gründung der Theatergemeinde ist am Donnerstag unter dem Vorjich des Oberbürgermeijters Dr. Schjüze vollzogen worden. Die Beratung der Satzungen nahm längere Zeit in Anspruch. Der Zweck ist Ausbau des Theaters bei billigen Eintrittspreisen. Der Beitrag wird vom Verwaltungsrat festgelegt, der sich außer dem Vorstand aus 11, höchstens 15 Mitgliedern zusammenjehzt. Der Austritt aus der Theatergemeinde muß 6 Wochen vor Quartalsjchluß gemeldet werden. Der Vorstand wird auf 3 Jahre gewählt. Aufgabe des Verwaltungsrats ist, den Spielplan festzulegen. Die Bekanntmachungen erfolgen in drei Zeitungen (endlich wird auch die „Volksstimme“ anerkannt). In der erste Woche im September wird die Jahreshauptversammlung abgehalten. Außerordentliche Versammlungen können nach Wunsch von einem Jzehntel der Mitglieder einberufen werden. Zum Vorjehenden wurde Studientat Verjchiedene Fragen wurden dann noch erörtert, unter anderem: auch unsere Genossen T r e u m a n n, M ü l l e r und L i s t gewähl. Verjchiedene Fragen wurden dann noch erörtert unter anderem: Wie stärken wir unsere Finanzlage? Neues Gefühl mußte unbedingt angejchafft werden. Auch müsse mit der Direktion Ertl ein Vertrag abgeschlossen werden, durch den sich vielleicht finanzielle Vorteile erreichen ließen. Buchhändler Behje berichtete über die Mitgliederzahlen und Einnahmen. Im Januar betrug die Zahl der Mitglieder 1300 und die Beiträge ergaben eine Summe von 5000 Mt. Im Februar wurden gezählt rund 1800 Mitglieder, Einnahme 6000 Mt. Im übrigen sei festzustellen, daß sich die Theatergesellschaft in aufsteigender Linie befände. Gewünscht wird auch im Sommer monatlich zur Bindung an die Gemeinde eine Vorstellung. Direktor Ertl jagte zu. Diese Stätte auszubauen und zu erhalten, muß Aufgabe aller Einwohner sein.

Fundjachen. Als gefunden wurden auf dem Fundbureau abgegeben: Ein goldener Trauring, ein schwarzer Geldbeutel, ein weißer Kinderpelztragen.

Stadttheater. Der letzte Wochenjpielplan für Februar: Montag zum letzten Male „Flachsmann als Erzjeher“, Dienstag zum zweitenmal „Der Rigeunerbaron“, Mittwoch Hauptmann „Verjunkenes Glode“, Donnerstag „Im bunten Rod“, Freitag zum letzten Male „Nachtjahl“, Sonntag „Maria Magdalene“ von Friedrich Hebbel.

Autofuntenstoh. Am Sonnabend vormittag fuhren zwei Autos gegeneinander. Durch den Zusammenprall wurde die Schaufensjehleibe des an der Breiten und Priefterjtrahenecke gelegenen Geschäfts von Kunjmann eingebüßt und volljständig zertrümmert. Der Schaden beläuft sich auf 200 Mt.

# Wo

decken Sie Ihren Bedarf an  
**guten Büchern?**

In den Verkaufsstellen der  
**Buchhandlung Volksstimme!**

In Magdeburg-Eldorf:  
B. Lauer, Alt-Schjersjähren 2.

Burg:  
Otto Siegeljth, Pulverstraße 10.

Gardelegen:  
B. Müller, Magdeburger Straße 229.

Meuhaldensleben:  
B. Herrmann, Burgstraße 44.

Stendal:  
B. Schjlesner, Windemansstraße 10.

# Kaufet! Kochet! Kostet!

# Rahm-a-butterm-gleich

MARGARINE